REGLEMENT ÜBER DAS BESTATTUNGS- UND FRIEDHOFSWESEN

Geltende Fassung	Geänderte Fassung	Erläuterungen zu den geänderten Bestimmungen
<p>Die Einwohnergemeinde erlässt, gestützt auf § 13 des Gesetzes über das Begräbniswesen vom 19. Oktober 1931, §§ 46 und 47 Abs. 1 Ziff. 2 des Gemeindegesetzes vom 28. Mai 1970 und § 7 lit. 2 der Gemeindeordnung vom 18. September 1997, folgendes Reglement:</p>		
<p>I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN</p>		
<p>§ 1 Friedhof Der Friedhof ist ein Ort der Ruhe und Besinnung. Er ist ganzjährig geöffnet.</p>		
<p>§ 2 Zweck Dieses Reglement regelt die Abläufe zwischen Tod und Bestattung, die Voraussetzungen für die Benützung des Friedhofs, die verschiedenen Möglichkeiten der Beisetzung sowie die Benützung, die Kosten, die Gestaltung und die Pflege der Grabstätten.</p>		
<p>§ 3 Geltungsbereich Dieses Reglement gilt für alle Personen, die in der Gemeinde sterben oder hier bestattet werden.</p>		
<p>§ 4 Zuständigkeit ¹Das Bestattungs- und Friedhofswesen untersteht dem Gemeinderat. ²Soweit eidgenössische und kantonale Bestimmungen zur Anwendung gelangen,</p>		

REGLEMENT ÜBER DAS BESTATTUNGS- UND FRIEDHOFSWESEN

sorgt der Gemeinderat für deren Vollzug. ³ Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einer Verordnung, insbesondere die Zuständigkeiten und die Gebühren.		
§ 5 Anmeldung des Todesfalls Jeder Todesfall ist innert zwei Tagen nach Eintritt des Todes der Gemeindeverwaltung Oberwil unter Vorlage des ärztlichen Todesscheins zu melden.		
II. BESTATTUNGEN		
§ 6 Wahl der Bestattungsart Jede über 16 Jahre alte urteilsfähige Person kann bei der Gemeindeverwaltung eine schriftliche Erklärung über die Art ihrer Bestattung hinterlegen.		
§ 7 Recht auf Bestattung ¹ Personen, die zur Zeit ihres Todes in der Gemeinde wohnhaft waren oder in der Gemeinde gestorben sind, haben das Recht in Oberwil bestattet zu werden. ² Auf Gesuch hin kann der Gemeinderat die Beisetzung von Personen bewilligen, zu deren Bestattung die Gemeinde nach Gesetz nicht verpflichtet ist.		
§ 8 Anordnung der Bestattung ¹ Die Bestattung darf nicht vor 48 Stunden nach eingetretenem Tod erfolgen, es sei denn, dass eine Sektion der Leiche stattgefunden hat oder der behandelnde Arzt schriftlich seine Einwilligung zu einer		

REGLEMENT ÜBER DAS BESTATTUNGS- UND FRIEDHOFSWESEN

<p>Ausnahme gibt. ²Die zuständige Stelle der Gemeindeverwaltung setzt im Einvernehmen mit den Angehörigen und dem zuständigen Pfarramt den Zeitpunkt der Bestattung fest. ³Die Bestattungsart richtet sich nach den schriftlichen Anordnungen der verstorbenen Person. Liegt keine schriftliche Anordnung vor, entscheiden die nächsten Angehörigen. Ohne schriftliche Anordnung und bestimmende Angehörige findet eine Kremation mit Bestattung im Gemeinschaftsgrab statt.</p>		
<p>§ 9 Aufbahrung und Transport Die Verstorbenen werden, sofern keine medizinischen oder rechtlichen Gründe dagegen sprechen, nach Möglichkeit sofort, spätestens aber 48 Stunden nach Eintreten des Todes in den Aufbahrungsraum oder ins Krematorium überführt. Der Transport ist Sache der Angehörigen.</p>		
<p>§ 10 Unentgeltliche Bestattung Verstorbene, die zum Zeitpunkt des Todes ihren gesetzlichen Wohnsitz in Oberwil hatten, werden unentgeltlich bestattet. Dies beinhaltet folgende Leistungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die amtliche Bekanntmachung • die Aufbahrung in der Aufbahrungshalle (ohne Dekoration) • die Kremationskosten • die Benützung der Kapelle Rüti • die Belegung eines Reiheneinzelgrabes für Urnen- oder 	<p>§ 10 Gebühren ¹Für Verstorbene, die zum Zeitpunkt des Todes ihren gesetzlichen Wohnsitz in Oberwil hatten, sind folgende Leistungen unentgeltlich:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die amtliche Bekanntmachung • die Aufbahrung in der Aufbahrungshalle (ohne Dekoration) • Aufgehoben • Aufgehoben • die Belegung eines Reiheneinzelgrabes für Urnen- oder Erdbestattung, 	<p>Die Punkte Kremationskosten und die unentgeltliche Benutzung der Kapelle Rüti wurden gestrichen. Die entsprechenden Kosten werden künftig den Hinterbliebenen verrechnet.</p>

REGLEMENT ÜBER DAS BESTATTUNGS- UND FRIEDHOFSWESEN

<p>Erdbestattung,</p> <ul style="list-style-type: none"> • eines Kindergrabes, eines Grabes bei der Urnenwand oder eines Platzes im Urnengemeinschaftsgrab • die Bestattung • das Ausheben und Auffüllen des Grabes • die Bepflanzung der Grabeinfassung • ein einheitliches Grabkreuz. 	<ul style="list-style-type: none"> • eines Kindergrabes, eines Grabes bei der Urnenwand oder eines Platzes im Urnengemeinschaftsgrab • die Bestattung • das Ausheben und Auffüllen des Grabes • die Bepflanzung der Grabeinfassung • ein einheitliches Grabkreuz. <p>²Im übrigen werden für Verrichtungen und Dienstleistungen im Rahmen dieses Reglementes kostendeckende Gebühren erhoben. In begründeten Fällen kann die Gebühr reduziert oder erlassen werden.</p>	
<p>§ 11 Gebührenpflicht ¹Für Bestattungen, die nicht unter § 10 fallen, erhebt die Gemeinde eine Grabbenützung- und/oder eine Bestattungsgebühr gemäss Verordnung. ²In begründeten Fällen kann die Gebühr reduziert oder erlassen werden.</p>	Aufgehoben	Wird neu in § 10 Gebühren eingeschlossen.
<p>§ 12 Grabbepflanzung ¹Soweit die Angehörigen selbst den Friedhofsgärtner mit dem Unterhalt und der Bepflanzung eines Grabes beauftragen, werden ihnen die Kosten nach Absprache mit dem Friedhofsgärtner durch die Gemeinde in Rechnung gestellt. ²Die Gemeinde führt diese Einnahmen in einem Fonds, der zu verzinsen ist. Sie dürfen ausschliesslich zur Abgeltung der vom Friedhofsgärtner jeweils in Rechnung gestellten</p>		

REGLEMENT ÜBER DAS BESTATTUNGS- UND FRIEDHOFSWESEN

<p>Kosten verwendet werden. ³Die Gemeinde erhebt für die Verwaltung eine Gebühr, die sich nach der Dauer des jeweiligen Auftrags an den Friedhofsgärtner bemisst.</p>		
<p>§ 13 Kremationen Bei Kremationen gelten die Vorschriften des jeweiligen Krematoriums.</p>		
<p>III. FRIEDHOF</p>		
<p>§ 14 Bestattungsort ¹Erdbestattungen erfolgen auf dem Friedhof Rüti. ²Für Urnen besteht kein Bestattungszwang auf dem Friedhof. ³Das Verstreuen der Totenasche ist ausserhalb des Siedlungsgebiets erlaubt. Innerhalb des Siedlungsgebiets darf die Asche nur mit Einwilligung der Grundeigentümerschaft verstreut werden.</p>		
<p>§ 15 Gräberverzeichnis Es werden ein Friedhofsplan und ein Gräberverzeichnis geführt.</p>		
<p>§ 16 Allgemeines Verhalten ¹ Friedhofsbesucherinnen -besucher haben sich ruhig und der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Den Anordnungen des Friedhofspersonals ist Folge zu leisten. ² Insbesondere sind untersagt:</p> <ul style="list-style-type: none">• das Lärmen und Spielen• das Befahren mit Velos, Mofas,		

REGLEMENT ÜBER DAS BESTATTUNGS- UND FRIEDHOFSWESEN

<ul style="list-style-type: none">• Skateboards und dergleichen• das Mitführen von Hunden, mit Ausnahme von Blindenhunden.		
§ 17 Öffnungszeiten der Aufbahrungsräume Die belegten Aufbahrungsräume werden in Absprache mit den Angehörigen geöffnet.		
§ 18 Art der Grabstätten ¹ Für die Beisetzung bestehen folgende Möglichkeiten: <ul style="list-style-type: none">• Reiheneinzelgräber für Erdbestattungen• Reihendoppelgräber für Erdbestattungen• Reihengräber für Urnenbestattungen• Kindergräber• Familiengräber für Erd- und Urnenbestattungen• Urnenwand• Gemeinschaftsgrab ² Näheres zu den Grabstätten regelt die Verordnung.		
§ 19 Belegungsdauer ¹ Die Belegungsdauer für Reiheneinzelgräber und Kindergräber beträgt 25 Jahre. ² Die Belegungsdauer für Doppelgräber beträgt 25 Jahre nach der Zweitbestattung. ³ Die Belegungsdauer für die Gräber bei der Urnenwand sowie für das Gemeinschaftsgrab beträgt 20 Jahre. ⁴ Für Urnen, welche nachträglich in ein bestehendes Grab eingesetzt werden, beträgt		

REGLEMENT ÜBER DAS BESTATTUNGS- UND FRIEDHOFSWESEN

<p>die Belegungsdauer mindestens 10 Jahre. ⁵Die Belegungsdauer für Familiengräber beträgt 75 Jahre und beginnt mit der ersten Bestattung. Durch weitere Bestattungen erfährt die Belegungsdauer keine Verlängerung. ⁶Sarg-Einzel- und Urnengräber werden frühestens nach Ablauf der Belegungsdauer aufgehoben. ⁷Ein vorzeitig aufgehobenes Grab ist auf Kosten der Angehörigen bis zum Ablauf der ordentlichen Belegungsdauer mit einer Daueranpflanzung zu versehen.</p>		
<p>§ 20 Aufhebung von Grabfeldern ¹Nach Ablauf der Belegungsdauer werden die Gräber durch die Gemeinde aufgehoben. ²Die Aufhebung von Grabfeldern wird ein Jahr vorher öffentlich bekanntgegeben. Nach Ablauf der Frist wird das Grabfeld abgeräumt. Von den Angehörigen nicht entfernte Grabmäler und Pflanzen fallen entschädigungslos an die Gemeinde. ³Bei der Aufhebung der Grabstätte besteht kein Anspruch auf eine neue Beisetzung.</p>		
<p>§ 21 Exhumierung ¹Sarggräber dürfen während der Belegungsdauer nicht geöffnet werden. ²Vorbehalten bleiben Exhumierungen bei gerichtlicher Anordnung.</p>		
<p>§ 22 Umbestattung von Urnen ¹Umbestattungen von Urnen in bestehende Grabstätten können auf begründetes Gesuch</p>		

REGLEMENT ÜBER DAS BESTATTUNGS- UND FRIEDHOFSWESEN

<p>hin bewilligt werden, sofern die Urnen nicht aus leicht verweslichem Material gefertigt sind.</p> <p>²Die Vorschriften von § 19 dürfen dabei nicht verletzt werden.</p> <p>³Umbestattungen sind in jedem Fall gebührenpflichtig.</p> <p>⁴Ein auf diese Weise aufgehobenes Urnen-Einzelgrab ist auf Kosten der Angehörigen bis zum Ablauf der ordentlichen Belegungsdauer mit einer Daueranpflanzung zu versehen.</p>		
<p>§ 23 Haftung Die Gemeinde haftet nicht für Diebstahl und Beschädigung von Grabmälern, Pflanzen, Grabschmuck und sonstigen Gegenständen.</p>		
<p>§ 24 Schadenersatz Wer beim Aufstellen der Grabmäler oder bei sonstigen Arbeiten Nachbargräber oder Anlagen beschädigt, ist schadenersatzpflichtig.</p>		
<p>§ 25 Rechtsmittel Gegen Verfügungen des Gemeinderates, die sich auf die Bestimmungen des vorliegenden Reglements und der dazugehörigen Verordnung stützen, kann innert 10 Tagen schriftlich und begründet an den Regierungsrat Beschwerde erhoben werden.</p>	<p>§ 25 Rechtsmittel ¹Gegen Verfügungen der durch die Verordnung bezeichneten Verwaltungsstelle, die sich auf die Bestimmungen des vorliegenden Reglements und der dazugehörigen Verordnung stützen, kann innerhalb von 10 Tagen seit Zustellung beim Gemeinderat schriftlich und begründet Beschwerde erhoben werden. ² Gegen Verfügungen des Gemeinderates, die sich auf die Bestimmungen des vorliegenden Reglements und der dazugehörigen</p>	<p>Anlässlich der vorliegenden Teilrevision sollte auch die Delegation der Verfügungskompetenz an die Verwaltung aufgenommen werden. Bisher war die Delegation in der Verordnung vorgesehen, was gemäss § 77 Gemeindegesetz nicht genügt.</p>

REGLEMENT ÜBER DAS BESTATTUNGS- UND FRIEDHOFSWESEN

	Verordnung stützen, kann innerhalb von 10 Tagen seit Zustellung beim Regierungsrat schriftlich und begründet Beschwerde erhoben werden.	
§ 26 Strafbestimmungen Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Reglements und der Verordnung können vom Gemeinderat mit Bussen bis zu CHF 5'000.00 geahndet werden. Vorbehalten bleibt eine strafrechtliche Verfolgung.		
§ 27 Schlussbestimmungen ¹ Dieses Reglement ersetzt dasjenige vom 23. Mai 1991. ² Es wird vom Gemeinderat nach Genehmigung durch die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft in Kraft gesetzt		